

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hennig, Jäger (Wangen), Lorenz, Baron von Wrangel, Dallmeyer, Gerster (Mainz), Dr. Kunz (Weiden), Dr. Marx, Eigen, Dr. Meyer zu Bentrup, Werner, Schulze (Berlin), Graf Huyn, Sauer (Salzgitter), Clemens, Lowack, Dr. Hüscher, Lamers, Dr.-Ing. Oldenstädt, Frau Geier, Berger (Lahnstein), Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. Todenhöfer, Dr. Hupka, Repnik, Rühle, Böhm (Melsungen), Dr. Arnold, Dr. Mertes (Gerolstein), Straßmeir, Würzbach, Lintner, Dr. Abelein und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU
— Drucksache 9/925 —

Reiseverkehr in den nördlichen Teil Ostpreußens

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird gebeten, auf der Grundlage der Erklärung der KSZE-Schlußakte und im Rahmen ihrer ständigen politischen Konsultationen mit der Sowjetunion die Gespräche über die in Korb III der Schlußakte unter anderem vorgesehenen Erleichterungen für den Bereich des Reiseverkehrs beharrlich fortzusetzen mit dem Ziel, diese auch für den nördlichen Teil Ostpreußens zu erreichen.

Bonn, den 10. März 1982

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Barzel

Vorsitzender

Schlag

Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Schlaga

Der Antrag auf Drucksache 9/925 ist vom Deutschen Bundestag in seiner 73. Sitzung am 10. Dezember 1981 beraten und an den Auswärtigen Ausschuß überwiesen worden.

Der Auswärtige Ausschuß hat die Vorlage in seiner 30. Sitzung am 10. März 1982 beraten.

Ziel des Antrags ist es, auf der Grundlage der KSZE-Schlußakte von Helsinki Reisen auch in das nördliche Ostpreußen zu ermöglichen. Unter diesem humanitären Aspekt soll die Bundesregierung gebeten werden, als Mitunterzeichnerin der KSZE-Schlußakte die Verwirklichung der dort vorgesehenen menschlichen Erleichterungen einschließlich der Reisemöglichkeiten auch für das Gebiet des nördlichen Ostpreußens zu erreichen.

Das in dem Antrag zum Ausdruck kommende Anliegen fand bei der Ausschußberatung die Zustimmung aller Fraktionen. Seitens der Koalition wurde jedoch auf die wiederholten darauf gerichteten Bemühungen der Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion verwiesen, vor allem auf der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid und beim Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn im November 1981.

In Würdigung der in der Beratung ausgetauschten Argumente wurde eine Umformulierung des Antrags vereinbart. Der Ausschuß beschloß einstimmig, dem Bundestag die Annahme des Antrags in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung zu empfehlen. Namens des Auswärtigen Ausschusses bitte ich, dieser Empfehlung zu folgen.

Bonn, den 10. März 1982

Schlaga

Berichterstatter